

zehnts nach der Unabhängigkeit zu beobachten ist, eine Periode, in der die von Gewalt begleitete Trennung in frischer Erinnerung war. In den folgenden Jahrzehnten nahm die Intensität von Gewalt ständig zu, obwohl die Trennung, mit der man die Virulenz von Gewalt in Nordindien erklären möchte, immer weiter in die Vergangenheit rückt.

Es scheint, daß es in den 1950er-Jahren Nehru und seinen Verbündeten gelang, die Welle von Gewalt einzudämmen. In den politischen Diskussionen dominierten Themen wie Landreform, Entwicklung und Indiens Stellung unter den jungen unabhängigen Nationen und in der anti-imperialistischen Bewegung der blockfreien Staaten. Wichtigste Oppositionspartei waren die Kommunisten; Auseinandersetzungen spielten sich daher zwischen den Linken und dem Zentrum ab. Die Rechte, d.h. die RSS und ihre parlamentarische Speerspitze in Form der 'Jan Sangh', blieb einfach am Rande.

Danach wurde das Zentrum instabil. Einflußreiche Elemente der herrschenden Klasse Nordindiens, von den ehemaligen Herrscherfamilien der Fürstentümer bis hin zu 'Marwari'-Kapitalisten unterstützten die RSS mit Nachdruck. Die frühe politische Karriere des heutigen Premierministers Vajpayee ist ohne die Unterstützung aus diesen Kreisen undenkbar. Und dann die politische Elite:

die Liste derer, die auf irgendeine Weise mit der RSS assoziiert sind, bringt all jene in Verlegenheit, die an säkulare Grundsätze und an den zivilen Anstand dieser Elite glauben möchten. Vallabh-hai Patel, Gulzarial Nanda, Jayaprakash Narayan, 'Sarvodaya', Dr. Karan Singh und viele, viele mehr - sie gehörten zu einem großen Ausschnitt der ansonsten so höflichen und liberalen Elite, die der RSS zugeneigt waren und mit ihr zusammenarbeiteten.

Zwei weitere Merkmale der politischen Situation in Indien führten nach den 1960er-Jahren, als gewalttätige Auseinandersetzungen zu eskalieren begannen, auf eine allgemeiner verbreitete "Kultur der Grausamkeit" hin. Das eine ist, daß Polizei und paramilitärische Einheiten regelmäßig in gewaltsame Auseinandersetzungen involviert waren, und dies in der Regel auf Seiten der Hindus und ohne daß sie von der regierenden Partei eine Strafe zu fürchten gehabt hätten. Dieses Merkmal war zudem in weiten Teilen des Landes anzutreffen, von etwa Meerut und Moradabad in Uttar Pradesh bis Ahmedabad und Surat in Gujarat oder Bombay in Maharashtra. Das zweite Merkmal war eine Tendenz der 'Congress'-Partei, selbst die "Karte des Kommunalismus" auszuspielen und sich damit der Rechten anzunähern. Es wurde schwierig, den pragmatischen und den programmatischen Kommunalismus

der Parteien zu unterscheiden.

Dies also ist der weitere Kontext, in dem man sich in den Wohnzimmern der wohlhabenden Schichten des Landes die Fernsehbilder von brennenden Häusern und Kreuzen anschaut, ohne daß nennenswert darauf reagiert wird. Gefördert wird diese Gleichgültigkeit noch dadurch, daß die Opfer arm sind und als Christen aus der hinduistischen Perspektive als Mitglieder der Unterkasten betrachtet werden.

In ihrem Zynismus kann die VHP sie terrorisieren und im gleichen Atemzug auffordern, in eine Hindu-Gemeinschaft zurückzukehren, die sowieso nie ein besonderes Interesse an ihnen hatte. Gewalttätigkeit verbindet sich mit der Gewalt von Kaste und Klasse. Denn was sich in den Jahrzehnten seit Indiens Unabhängigkeit immer stärker abzeichnet, ist nicht einfach ein Strudel von Haß zwischen verschiedenen Gemeinschaften; es ist eine allgemeinere "Kultur der Grausamkeit", in der die Polarisierung von Kasten und Klassen mindestens ebenso blutig ist wie der Konflikt zwischen religiösen Gruppen.

(Aijaz Ahmad ist Senior Fellow am 'Centre for Contemporary Studies, Nehru Memorial Museum and Library', Delhi. Übersetzung: Stefan Dietrich)

Auf dem Weg zu einer Hindu-Nation

von K.N. Panikkar

Indem die faschistische Agenda der 'Sangh Parivar' ('Parivar') - der Bewegung der Hindunationalisten - zum Vorschein kommt, wird deutlich, daß es nicht um Religion sondern um politische Macht geht.

Sie hat sich weiter einer Definition Indiens als die einer "Hindu-Nation" angenähert. Bisher wurden Muslime als "fremd" und "anti-national" gebrandmarkt; nun wird dies auf Christen ausgedehnt. Viele waren von der plötzlichen Attacke auf diese friedliche, kleine Gemeinde überrascht, die sich in der Politik zurückhält und daher keinerlei Bedrohung für die 'Parivar' darstellt. Daß die Situation erst jetzt eintritt ist aber das eigentlich überraschende. Denn schon Guru Golwalkar hatte die Christen, zusammen mit Muslimen und Kommunisten, als "anti-national" bezeichnet. Seine Schüler setzen seine Lehren nun gewaltsam um.

Allein im vergangenen Jahr kam es zu über 100 Übergriffen auf Leben und Eigentum von Christen. Dabei handelt es sich nicht um kommunalistische Konflikte, in die Christen verwickelt sind,

sondern um grundlose Angriffe, Brandstiftungen und Einschüchterungen durch die Sturmtruppen der 'Sangh Parivar'. Es sind kriminelle Handlungen, begangen unter dem politischen Schutz der 'Bharatiya Janata Party' (BJP). Missionare wurden nackt durch die Straßen getrieben und sogar bei lebendigem Leib verbrannt, Nonnen wurden vergewaltigt, Kirchen dem Erdboden gleichgemacht, die Bibel und andere religiöse Literatur verbrannt.

Die verschärfte Feindschaft und Gewalt gegenüber Christen fällt mit der Herrschaft der BJP zusammen. Zuvor war Gewalt gegen Christen vergleichsweise selten - schätzungsweise 38 Fälle in den 32 Jahren zwischen 1964 und 1996, und selbst 1997 wurden nicht mehr als 15 Fälle bekannt. Neben der zunehmenden Häufigkeit ist auch die regionale Verteilung der Übergriffe signi-

fikant: die meisten geschahen in Bundesstaaten, in denen die BJP oder ihre Verbündeten an der Macht sind, also in Gujarat, Maharashtra, Uttar Pradesh und Haryana. In keinem dieser Bundesstaaten erhielten die Christen adäquaten Schutz, was vielleicht auch die Zunahme von Übergriffen erklärt.

Anstatt rasch einzugreifen haben BJP-Führer die Taten der 'Parivar'-Kader verharmlost oder gerechtfertigt. In Gujarat, wo Gewalt gegen Christen heftig und häufig war, wies der Ministerpräsident auf Konversionen zum Christentum hin und suggerierte damit, daß die Christen selber Schuld seien, wenn sich der Zorn der Hindus gegen sie richte. Ein leitender BJP-Funktionär rechtfertigte damit sogar Vergewaltigungen.

Ganz abwegig äußerte sich der bei vielen als redlich und liberal geltende Premier A.B. Vajpayee. Indem er eine öffentliche Debatte über Konversionen forderte, legte auch er nahe, daß die Schuld bei den Opfern selbst liege. Seine Forderung ist eine verdeckte Bedrohung individueller Freiheit, wie sie die Verfassung garantiert. Gewissens- und Meinungsfreiheit, egal ob sie Religion oder Atheismus betreffen, können in einer Demokratie nicht von den Bürgerrechten unterschieden werden. Freiheit, so heißt es, ist unteilbar.

Geht es wirklich um Konversionen? Oder schiebt man sie nur vor, um die

Agenda des "Hindutums" ('Hindutva') voranzubringen?

Das Christentum in Indien ist 2.000 Jahre alt. Seit den Anfängen haben Missionare alles versucht, um "die Seelen der götzendienerischen und abergläubischen Hindus zu retten". Sie errichteten Missionen, Kirchen, Seminare und Schulen, wo immer sie Fuß fassen konnten. Sie lernten indische Sprachen und publizierten Literatur, um das Christentum zu verbreiten (indem sie für einige Sprachen erstmals Grammatiken schrieben, leisteten sie durchaus einen wertvollen Beitrag, aber das ist ein anderer Aspekt). Die Missionare verkündeten öffentlich die Grundsätze ihrer "überlegenen" Religion und versuchten, "die Fehler und Schwächen des Hinduismus bloßzulegen".

Dennoch gab es in Indien keine "Kreuzzüge". Hindus reagierten nicht mit Gewalt, sondern durch öffentliche Debatten über die Behauptungen der Missionare und deren Anschwärzung des Hinduismus. Seit alters gehören theologische Dispute zum intellektuellen Leben Indiens und bereicherten dessen epistemologische Tradition. Alle Konfessionen waren dabei beteiligt: Buddhisten, Hindus Jainas, Christen und Muslime.

Indische Fürsten waren in der Regel unparteiisch und tolerant gegenüber verschiedenen Religionen. Sicher haben sie die Mitglieder ihrer jeweiligen Religion gefördert und Heiligtümer errichtet, selten aber wurden Mitglieder anderer Religionen verfolgt. Typischer ist eher eine Geschichte über Maharaja Ranjit Singh, einem Sikh: Eines Tages kaufte er für eine hohe Summe einem Fakir einen Koran ab. Sein Minister, ein Muslim, fragte ihn, warum ein Sikh einen Koran haben wollte. Der als witzig und weise bekannte Maharaja antwortete, Gott habe ihm nur ein Auge gegeben, so daß er alle Religionen unterschiedslos betrachten könne.

Die Kolonialherren hielten sich aus religiösen Fragen heraus, sei es auch nur aus pragmatischen Gründen, eine Haltung, die nach der sogenannten 'Mutiny' von 1857 bekräftigt wurde, jedoch sahen viele die 'Mutiny' als Ergebnis britischer Einmischung in soziale und religiöse Angelegenheiten. Zwar gab es in manchen Gebieten inoffizielle Verbindungen zwischen Missionaren und Kolonialbeamten, aber gene-

rell spielte der Kolonialstaat keine bedeutende Rolle bei der Christianisierung.

Konversion ist ein vielschichtiger Prozeß, dem einfache Theorien nicht gerecht werden. Immerhin läßt sich sagen, daß Konversionen zum Islam und Christentum aus den unteren Kasten erfolgten. Der Zuwachs der 'Mappila' von Malabar (Nord-Kerala) in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist ein viel sagendes Beispiel: Nach der Abschaffung der Sklaverei entschieden sich viele der nun freien Sklaven für den Islam. Wenn es zu Massenkonversionen kam, dann handelte es sich häufig um ganze Kasten, die einer anderen Religion beitraten, und dafür waren weniger externe Agenten verantwortlich als der diskriminierende Aspekt des hinduistischen Kastensystems. Anstatt nach fremden Sündenböcken zu suchen, sollten Hindu-Führer über die internen Zustände nachdenken.

Trotz 2.000 Jahren Christentum in Indien haben die Missionen keine beeindruckenden Erfolge erzielt. Die christliche Gemeinde ist immer noch winzig. Laut der Volkszählung des Jahres 1991 handelt es sich um 2,4 Prozent der Gesamtbevölkerung. Es ist auch nicht so, daß die Zahl der Christen im vorangegangenen Jahrzehnt beträchtlich zugenommen hätte; relativ gesehen ist sogar ein Rückgang zu verzeichnen, denn in der Volkszählung von 1981 stellten sie noch 2,6 Prozent der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund dieses bescheidenen Erfolgs läßt sich wohl kaum sagen, daß das gegenwärtige Gezeter und Geschrei über die große Bedrohung der Hindus durch Konversionen irgendeine Substanz hat. Es geht auch nicht um Religion, sondern um politische Macht.

Die Abgrenzung der Hindus von anderen Konfessionen ist ein Kernelement der Politik der 'Parivar'. Hier liegt das Wesen eines kulturellen Nationalismus, der die ideologische Grundlage für einen Hindu-Kommunalismus abgibt. Bisher erfolgte diese Abgrenzung durch Haßkampagnen und Gewalt gegen Muslime. Aus zwei Gründen ist es nun nötig geworden, das Feld der Feinde auszuweiten. Erstens, Muslime als "fremd" und "anti-national" hinzustellen, um daraus politische Vorteile zu ziehen, hat an Wirkung verloren. Zweitens, seit 1992 haben Muslime in verschiedenen Teilen des Landes gezeigt, daß sie zurückschlagen können. Die 'Parivar' hat aus den Bombenanschlägen in Mumbai, Chennai, Coimbatore und Kerala gelernt - Gewalt und Aggression sind nicht Monopol einer einzigen Gruppe. Innenminister L.K. Advani entkam im letzten Jahr knapp einem Anschlag in Coimbatore (Tamil Nadu). Man kann nicht mehr so einfach die Muslime geißeln. Man muß aber trotzdem die Hindus gegenüber ei-



Hindu-Faschisten der 'Vishwa Hindu Parishad'
(Foto: Uday Adhvaryo)

nem "Fremden" privilegieren, und daher rücken jetzt die Christen in den Mittelpunkt.

Die Aggression gegen Christen ist ferner ein Aspekt der Notwendigkeit, die Wählerbasis der BJP auszuweiten. Die Unterstützung der Mittelklasse bzw. der oberen Kasten reicht alleine nicht aus, um die Mehrheit im Parlament zu gewinnen, wie die Wahlen von 1996 und 1998 zeigten. Auf der Suche nach Wählern kann mit den Minderheiten und den niedrigen Kasten praktisch nicht gerechnet werden. Eine mögliche Zielgruppe sind die tribalen Gemeinschaften, unter denen die 'Parivar' bereits begonnen hat zu arbeiten. Seit die BJP an die Macht gelangte, werden tribale Gemeinschaften mit Versprechen der Schaffung eigener Bundesstaaten umworben. In diesen Stammesgebieten stößt die 'Parivar' auf den Einfluß von Christen, die in Wohlfahrtsorganisationen, Bildung und Entwicklungsarbeit aktiv sind. Die 'Parivar' kann die tribalen Gemeinschaften nur dann an sich ziehen, wenn der Einfluß der Christen zurückgedrängt wird. So kommt es zu dem entrüsteten Aufschrei über Konversionen.

Konversionen zum Christentum als Problem darzustellen, ist recht komisch, denn die meisten Mitglieder der tribalen Gemeinschaften sind gar keine Hindus und ihre Religion hat nicht die geringste Verbindung zu irgendeiner Form des Hinduismus. Wenn man Christen wegen ihrer Bekehrungsarbeit anklagt, dann muß man aus demselben Grund auch die 'Vishwa Hindu Parisad' (VHP) anklagen. Letztere sind nicht weniger unangenehm als erstere. Einige Stammesrebellionen des 19. Jahrhunderts waren ja gerade eine Reaktion gegen hinduistische Eingriffe in die traditionelle Lebensweise. Missionare und VHP gefährden beide die traditionelle Religion der Stammesgruppen.

Das Bildungswesen ist ein weiteres Feld, in dem die Christen ein Hindernis für den Vormarsch der 'Parivar' darstellen. Die 'Parivar' kennt die ideologische Bedeutung des Bildungswesens und hat etwa 20.000 Schulen unter verschiedenen konfessionellen Gruppen errichtet; Ziel ist es, ein paralleles Schulsystem aufzubauen. Das 'Ministry of Human Resource Development', das von zwei unentwegten Vertretern der 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS) kontrolliert wird, beginnt sich zu rühren. Um den Ausbau des 'Parivar'-Schulsystems zu erleichtern, schlug der Minister für 'Human Resource Development', Murli Manohar Joshi, unlängst vor, die Verfassung in dem Sinne abzuändern, daß die Privilegien, die bisher den Minoritäten zustehen, auf andere Gruppierungen ausgedehnt werden. Er lud ferner die Leitung einer RSS-Organisation ein,

bei einem Treffen der Bildungsminister der Bundesstaaten ein Bildungskonzept vorzulegen; damit versuchte er, dem Schulsystem der 'Parivar' einen Anstrich von Legitimität zu verleihen. Christliche Schulen haben aufgrund ihres Unterrichtsniveaus einen guten Ruf; sie müssen in Mißkredit gebracht und zurückgedrängt werden, sonst wird es für die 'Parivar' sehr schwer, ihr eigenes Schulwesen voranzubringen. Daher also der Angriff auf diese Einrichtungen unter dem Vorwand von Konversionen. Hinzu kommt schließlich, daß christliche Organisationen und Institutionen seit der Zerstörung der Babri-Moschee Initiativen ergriffen haben, um Säkularismus zu fördern und Kommunalismus entgegenzutreten. Es gab Workshops, Untersuchungen und andere Aktivitäten, mit denen der Öffentlichkeit die Frage säkularer Werte ins Bewußtsein gebracht werden sollte.

Das erzürnt die 'Parivar' natürlich, vor allem ihre politischen und intellektuellen Steigbügelhalter, die scharf darauf sind, den Christen eine Lehre zu erteilen. Während Arun Shourie, Ideologe der BJP und bedeutender Journalist, in seinen Büchern und Artikeln Missionare "demaskiert", reißt die 'Bajrang Dal' ihnen die Kleider vom Leibe und verbrennt sie.

Die anti-christlichen Tiraden sind kein Zufall. Sie sind Teil der faschistischen Agenda der 'Parivar'. Daß die BJP-Führung, der Premierminister eingeschlossen, die Vorgänge nicht verurteilt, spiegelt ihre stille Zustimmung wider.

Christen sind ein weiterer Feind und ein neues Symbol, um die Nation als "hinduistisch" zu definieren. Die Angriffe sind daher nicht einfach ein Problem von Recht und Ordnung. Es handelt sich vielmehr um eine grundlegende politische Frage; sie zu ignorieren bedeutet eine große Gefahr für die Republik Indien.



RSS-Aktivisten (Foto: Prashant Panjiar)

(K.N. Panikkar ist Professor für moderne Geschichte am 'Centre for Historical Studies, Jawaharlal Nehru University', Delhi. Übersetzung: Stefan Dietrich)